Es gilt das gesprochene Wort

Einbringungsrede zum Haushaltsentwurf 2012

27. Oktober 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen des Erlanger Stadtrates,

sehr geehrte Damen und Herren,

nehmen wir das - primär rechnerische - Fazit des 2012-Haushalts gleich vorne weg:

1. er hat leider einen hohen Fehlbetrag im Ergebnishaushalt ☹
2. er hat einen leichten Überschuss in der Verwaltungstätigkeit ☺
3. er hat wieder ein hohes Investitionsvolumen ☺
4. er kommt ohne Netto-Neuverschuldung aus ☺
5. aber er enthält noch einige ungelöste Positionen und damit zu erledigende Aufgaben für die Haushaltsberatungen ☹ ☹

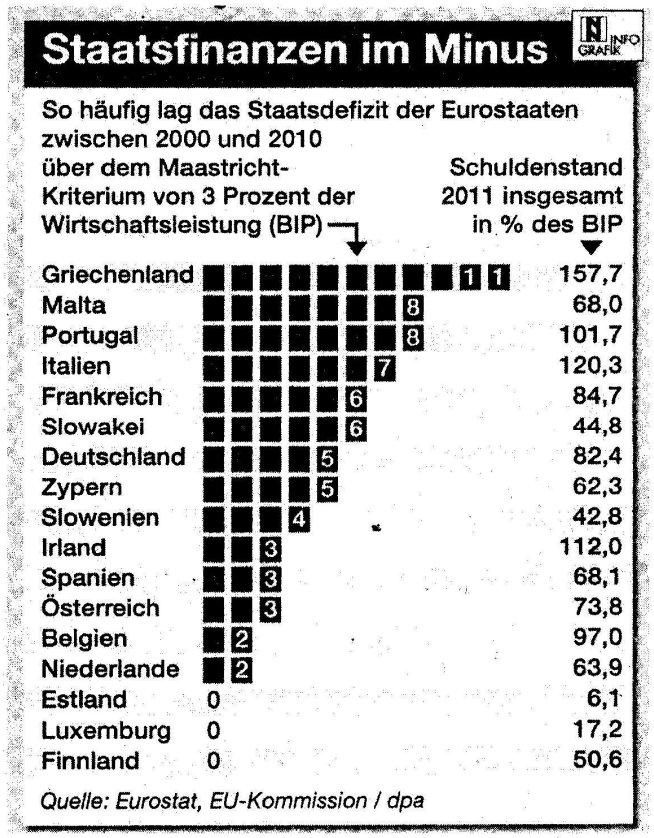
Bevor ich Ihnen die Details des 2012-Entwurfs erläutere, gestatten Sie mir aber erst einen kurzen Blick zurück auf 2010 und auf das aktuelle Jahr 2011. Die Haushalts-Genehmigungen für beide Jahre kamen unbefriedigend spät, der Plan für 2010 hatte mit einem Fehlbetrag im Ergebnishaushalt von 41,4 Mio. € und einer Neu-Verschuldung von fast 27 Mio. € eine enorme Schlagseite. Dank deutlich besserer Einkommen- und Gewerbesteuern im Ist wird in 2010 der Ergebnis-Haushalt zwar negativ aber erheblich besser abschließen und die **Neu-Verschuldung ist mit 13,3 Mio. €** sehr, sehr hoch, aber deutlich weniger als vorgesehen – und dies bei der „**Rekord“-Investitionssumme von 46,9 Mio. €!** Für 2011 kann ich aus heutiger Momentaufnahme melden, dass wir bezüg-

lich der Einnahmeseite gut im Plan liegen. In Zahlen ausgedrückt heißt dies, dass unsere Steuereinnahmen rd. 6% über dem Vorjahres-Ist von 2010 liegen, die **positiven Erwartungen** aus der HH-Aufstellung also eintreten. Und die Neu-Verschuldung wird dieses Jahr mit knapp elf Mio. € leider wieder sehr hoch sein.

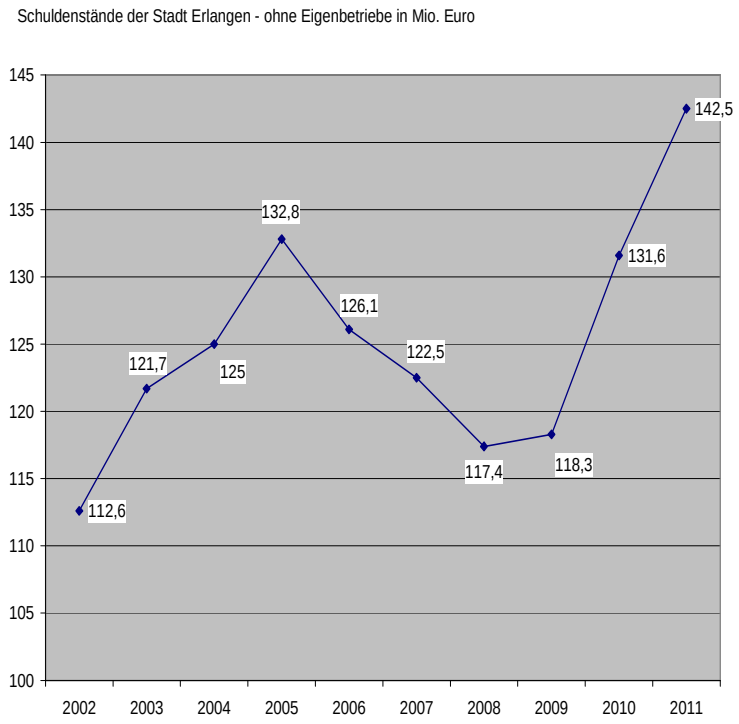
Vor welchem wirtschaftlichen Hintergrund ist der Haushaltsentwurf für 2012 aufzustellen? Die konjunkturelle Entwicklung in 2010 war gut mit 3,6% Wachstum, für 2011 werden „noch“ bis zu 3,0% erwartet – zu Jahresanfang war die Prognose noch 2,0%. Damit wäre der Einbruch von 2009 mit -4,7% rechnerisch schon wieder aufgeholt. Die Prognose für 2012 beträgt aktuell unter 1,0 % - vor wenigen Wochen wurden noch 2,0% genannt. Und vom Arbeitsmarkt kommen erfreuliche Daten: die deutsche Arbeitslosenquote ist derzeit rd. 10% besser als vor einem Jahr und in 2012 wird mit einem weiteren Rückgang gerechnet. Die Nachfrage nach Beschäftigten ist quer durch fast alle Branchen in Deutschland im Vergleich zu den Vorjahren auf einem Höchststand. In Erlangen wurde mit 83.918 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen zum Jahresende 2010 ein neuer historischer Höchststand gemeldet – zum Vergleich: zwei Jahre vorher waren es 80.624 und weitere zwei Jahre zuvor 75.779. Dies bedeutet, dass in **vier Jahren über 8.000 Beschäftigungsverhältnisse per Saldo** dazugekommen sind – eine Steigerung von **über 10%!** Hier ein Dankeschön an die Erlanger Wirtschaft – an Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Doch diese – erfreulichen – Zahlen vom Arbeitsmarkt täuschen über die aktuellen Gefahren für unser Wirtschaftsgeschehen hinweg. Die volkswirtschaftlichen Frühindikatoren jedenfalls zeigen derzeit nach unten! Und verlässliche Prognosen zur weiteren Entwicklung sind schwer auszumachen und die die es gibt, werden sehr schnell wieder abgeändert. Bei der Skipiste würde man sagen: man fährt im Nebel auf Sicht. Wir müssen jedenfalls auf der Hut sein, denn die gefährlichen Eisberge in der Wirtschaft werden größer und unberechenbarer. Das soll heißen: der nächste Rums kann kommen und er

kann schnell kommen! Die große Sorge sind die dramatischen Entwicklungen der **europäischen und amerikanischen Staatsfinanzen**, insofern wächst mit der aktuellen **Staatsschuldenkrise** und deren befürchteter Eskalation die Gefahr einer Wiederholung der Finanzkrise von 2008. So schnell wie Deutschland aus dieser Krise raus kam, so schnell kann es auch wieder hineingehen.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle zwei Übersichten zu Staatsfinanzen und zur Erlanger Schuldenentwicklung zeigen:



Bewertung: In der Betrachtung von 2000 bis 2010 hat Griechenland beim Staatsdefizit die Maastricht-Grenze von 3% jedes Jahr überschritten; Deutschland übrigens fünfmal in insgesamt elf Jahren! Und beim Schuldenstand erreicht Griechenland „atemberaubende“ 157% des Bruttoinlands-Produkts; gefolgt von Italien mit 120%. Deutschland und Frankreich mit 82,4 % bzw. 84,7% haben auch keine beruhigenden Werte!



Bewertung: 2010 und 2011sind die Schuldenstände deutlich angestiegen; in Zahlen ausgedrückt: Ende 2011 ist der städtische Schuldenstand um 20 % höher als zwei Jahre zuvor; diese „Steilwand“ resultiert i. W. aus der Schulsanierung und der Sanierung des Röthelheimbades. Beide Projekte wurden beschlossen ohne dass andere, gesicherte Deckungsmöglichkeiten im Haushalt gegeben waren – außer jedenfalls neue Schulden!

Nach einer aktuellen Umfrage sehen auch die Bundesbürger die Staatsschulden und deren permanenten Anstieg als größte Sorge. Hierzu die spannende Frage: Darf die öffentliche Hand Schulden haben – und wenn ja wie viele? Meine Antwort: Ja sie darf Schulden haben, die Null-Verschuldung ist volkswirtschaftlich nicht machbar und nicht notwendig. Aber wie viel darf’s denn sein? Schwierige Frage! Der aktuelle Schuldenstand der öffentlichen Hand in Deutschland beträgt über 80% des Bruttosozialproduktes – dies zumindest der Wert vom Jahre 2010. Sind jetzt 80% gut oder schlecht? Finanzwissenschaftler haben darauf noch keine allgemeinverbindliche Antwort gefunden. Ebenso gibt es aus der Wirtschaftsgeschichte keine konkrete Aussage dazu. Die in den Maast-

richtkriterien genannten 60% sind jedenfalls weder empirisch noch wissenschaftlich ermittelt. Deswegen gibt es unter den Wirtschaftswissenschaftlern dazu unterschiedliche Standpunkte. Prof. Bofinger aus Würzburg urteilt z. B.: „die aktuelle Verschuldung ist nicht bedrohlich, Deutschland lebt nicht über, sondern unter seinen Verhältnissen“. Prof. Raffelhüschen aus Freiburg sagt dagegen: „wir bilden nicht alle Lasten und Verbindlichkeiten vollständig in unserem öffentlichen Haushalt ab. Pensionen, Pflegekosten, Gesundheitskosten usw., wenn man die alle mit dazu rechnet, dann ist die Verschuldung bedrohlich hoch und Deutschland lebt über seinen Verhältnissen“. Und wer hat jetzt recht? Ich persönlich tendiere mehr zu Raffelhüschen, weniger zu Bofinger und ich sehe das Problem mehr im **hohen und steten** Zuwachs der Verschuldung – also in der Dynamik und weniger im Status.

Die in diesem Jahr in Kraft tretende Schuldenbremse hat jedenfalls das Ziel, diesen immer **rascheren Anstieg** der Staatsverschuldung aufzuhalten. Das im Grundgesetz verankerte Ziel, dass Bund und Länder grundsätzlich ohne immer neue Schulden auskommen müssen, würde übrigens durch Steuerentlastungen <u>ohne</u> Gegenfinanzierung zum Teil in Frage gestellt. Nach dem Maastricht-Vertrag ist eine Verschuldung von nur 60% des Bruttoinlandsproduktes zulässig, folglich können wir mit den bereits benannten 82% die Stabilitätskriterien nicht einhalten.

Problematischer als diese Höhe ist – wie gesagt - der zuletzt enorme Anstieg der Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Griechenland ist vorausgegangen, Italien droht als nächstes zu folgen. Die USA sind von den Daten über Defizit, angehäufte Schulden und unterstellter Schuldensucht nicht weit weg. Denn jede Volkswirtschaft – und sei sie noch so stark - hält eine solche enorme Verschuldung und deren Dynamik nur begrenzt aus. Bitte mich richtig verstehen: Eine Volkswirtschaft darf Schulden haben, aber nicht diese Menge und dieses permanente Anhäufen.

Letztlich ist eine Lösung der Verschuldensfrage nur erreichbar, wenn wir entweder mittelfristig die Einnahmen verbessern oder die Ausgaben reduzieren. Ich sage: kein oder sondern beides ist notwendig! Die Politik hat über Jahrzehnte den Bürger daran gewöhnt, dass es immer mehr und bessere Leistungen vom Staat gibt und niemand hat gefragt, woher das Geld kommt und wo es erwirtschaftet wird. Das Bewusstsein, dass der Staat nur das Geld verteilen kann, das er vorher den Bürgern abgenommen hat, ist sehr verkümmert. Das muss sich ändern, wenn der **Sozialstaat zukunftsfest** und **ohne neue Belastungen für die nächsten Generationen** organisiert werden soll. Hierzu ist ein Paradigmenwechsel notwendig. Wie läuft bisher Politik ab? Es werden Wünsche und Bedürfnisse gesehen, diese werden laut ausgesprochen und erst danach wird nach den Einnahmen und der Deckung gefragt. Und wenn dann die Lücke schließlich rechnerisch feststeht, kann man nicht mehr zurück. Aus Fehlern kann man aber lernen und man sollte es künftig so machen: Einnahmen zuerst ermitteln und dann danach die Ausgaben priorisieren. Private Haushalte machen es so – meist sehr erfolgreich - und ich vermute, viele von Ihnen persönlich auch selbst so. Politik geht oftmals bisher lieber nach dem Motto „was ich mir wünsche“ und weniger nach dem „was ich mir leisten kann“. Das erstere ist der **einfachere, der bequemere Weg** und **kurzfristig** definitiv der **populäre**, für den zweiten Weg muss man sich **mehr plagen** – aber er ist **langfristig notwendig**. Andernfalls wird man zum Zechpreller zu Lasten unserer Kinder – aus falscher Bequemlichkeit und Kurzsichtigkeit.

Beim Thema Geld und Finanzen gibt es jedenfalls zwei Problemlagen: erstens, wenn man keins hat oder zweitens, wenn man wenig bis gar nichts davon versteht. Kritisch wird es, wenn beide Problemlagen gleichzeitig ganz besonders heftig auftreten!

Sagen wir es anders: Politik muss eben sagen **worauf es ankommt** – und nicht einfach plappern **was gut ankommt**. Den guten Politiker zeichnet dies aus, das andere kann ja jeder! Und damit kommen wir zur

persönlichen Einstellung zum Staat, zur öffentlichen Hand, ich spreche lieber vom „Gemeinwesen“. Es gibt und gab schon lange Zeit die Einstellung möglichst viel aus dem Topf für die eigene Klientel herauszunehmen und wenig einzulegen. Also ein umgekehrtes System des in den Kirchen bekannten Klingelbeutels. Zusätzlich zu beobachten ist in unserem Land und in unserer Gesellschaft mit dem Verfall von Moral und Werten die immer stärker werdende Gleichgültigkeit zum Gemeinwesen – und dies in fast allen Bereichen. Für das **Gemeinwesen wollen immer weniger Menschen etwas tun** – eine Entwicklung die Parteien, Vereine und Wohlfahrtsverbände auch mehr und mehr zu spüren bekommen – und stets wollen mehr noch mehr aus dem Gemeinwesen bezahlt bekommen. Zu beobachten ist diese rücksichtslose Einstellung in einem immer größeren Egoismus und gleichgültigen Umgang zum öffentlichen Eigentum und zu Geschehnissen im öffentlichen Raum: den Fiskus permanent betrügen, Wegschauen und Raushalten bei Angriffen auf Personen oder Gegenständen – das ist der Regelfall, das selbstlose Einschreiten die hervorzuhebende Ausnahme! Das Land ist auf dem **raschen Weg in die totale Ich-Gesellschaft**!

Fazit: Der mutige und heftige Einsatz für das persönliche Interesse wird immer ausgeprägter, die Gier breitet sich zusehends aus – gleichzeitig ist das Engagement für das Gemeininteresse auf nahezu null. Wo geht das hin? Wo wird das Land mit so einer Einstellung in ein paar Jahren stehen? Was für eine Welt geben wir an unsere Kinder weiter? Diese gleichgültige Einstellung findet ihre Fortsetzung teilweise auch im Handeln der Verwaltung und im Rathaus. Es gibt immer noch Mitarbeiter, die sehen primär ihr Amt und ihre Fachaufgabe und weniger das Ganze – die Stadt und das Rathaus als Ganzes. Herr Reichwein von der KGST formulierte es bei den KGST-Bewertungen letztes Jahr so: „die Identifikation der Rathausmitarbeiter mit ihrer Fachaufgabe ist im Vergleich zu anderen Städten in Erlangen außerordentlich hoch“ – so kann man es

auch ausdrücken. Meine Forderung: **Mehr Wir und weniger Ich ist gefragt!**

Und jetzt der spezielle Umgang mit dem städtischen Haushalt – mit dem Geld des Gemeinwesens. Ämter und Töchter – Gott sei Dank nicht alle und die Entwicklung ist positiv – wollen möglichst viel für ihr Interesse herausschlagen. Das ist im ersten Schritt auch in Ordnung, eine natürliche Grenze sollte es aber an der Stelle geben, wo es zu Lasten der Allgemeinheit geht. Eine Familie kann auch nicht funktionieren, wenn ein Mitglied nur seine Wünsche und Interessen sieht und die Wünsche und Probleme der anderen egal ist. Hier im Rathaus gibt es teilweise folgende Vorstellung: ein Amt oder eine Tochter hat einen Wunsch, den es gerne umsetzen möchte - das Bezahlen ist das Problem der Kämmerei – so ein Quatsch! Es existiert ein völlig falsches Bild über die Kämmerei. Nochmal zum Eindeutschen: Kämmerei ist kein Geldbeschaffer und erst recht kein Weihnachtsmann; die Kämmerei stellt Haushalte auf, vollzieht sie, gibt bekannt, welche Einnahmen zur Verfügung stehen und versucht daraus eine Priorisierung der Ausgaben. **Das Mehr–Ausgeben als Einnehmen ist ein Problem für uns alle**! Selbst auf dem Fußballplatz funktioniert es besser als im Rathaus: es gibt keinen Spieler, der sagt, ich bin doch nur für das Tore schießen da, das Torverhindern müssen andere machen. Stellen Sie sich vor, der Schweinsteiger kommt nach Spielende vom Platz und erklärt, dass Spiel ging heute verloren, nicht weil er vorne zu wenige Tore geschossen hat, sondern weil der Torwart und die Abwehr nicht genug Tore verhindert haben. Den würde der Bundestrainer Löw im nächsten Spiel wegen fehlender Mannschaftsdienlichkeit nicht mehr bringen. Oder stellen Sie sich vor, es gibt einen 11-Meter gegen die deutsche Nationalmannschaft und die Mitspieler stellen sich hin und sagen: jetzt hat der Neuer aber ein Problem! So ein Quatsch! Und damit zu meiner Kritik: Stadtrat und Verwaltung auf der einen Seite und die vielen Ämter auf der anderen Seite treten zu wenig als Mannschaft auf! Jeder sucht Verantwortung und Schuld gerne bei anderen!

Die Rosinen mach ich – die Probleme beseitigen sollen die anderen. Nochmal: da funktionieren die Deutsche Fußballnationalmannschaft und unser Nürnberger „Club“ besser!

Es gab bei der Aufstellung für 2012 **zwei strategische Ziele:** erstens das **Investitionsvolumen hoch halten** und zweitens den **Saldo aus der Verwaltungstätigkeit verbessern**. Wir haben bei der Haushaltsaufstellung und den Gesprächen mit den Ämtern großen Wert darauf gelegt Budgets möglichst keinesfalls auszudehnen; im Gegenteil - wenn es möglich erschien sogar eher zurückzufahren, eben mit dem Ziel, dass der negative Saldo aus der Verwaltungstätigkeit reduziert wird. Trotzdem mussten beim Gebäudemanagement (952.000,--), dem Ordnungs- und Straßenverkehrsamt (1.836.000,--), dem Theater (228.000,--), dem Jugendamt (888.000,--) - um die bedeutensten Ämter zu benennen – hohe Sachkostenbudget-Erhöhungen akzeptiert werden.

Bei den Brutto-Investitionen war die Zielmarke 30 Mio. Euro, wie in der letztjährigen Haushaltsrede angekündigt. Dieses Ziel wurde nicht ganz erreicht, weil eine Balance gefunden werden musste zwischen wichtigen und wünschenswerten Investitionen auf der einen Seite und der Begrenzung der Verschuldung auf der anderen Seite. Auch für die Haushalte der künftigen Jahre muss das Ziel bleiben, den **Saldo aus der Verwaltungstätigkeit stetig zu verbessern**, um **für die Investitionen Eigenmittel** aus dem Überschuss der Verwaltungstätigkeit **einzusetzen**. Eine **Finanzierung der Nettoinvestitionen** über **ausschließlich neue Kredite** ist ein **gefährlicher Weg** und wird von der Regierung, unserer Aufsichtsbehörde, kritisch verfolgt werden. Ist es weiter nicht möglich Eigenmittel zur Investitions-Finanzierung einzusetzen, wird es im Umkehrschluss bedeuten, dass wir in den nächsten Jahren Investitionsvorhaben strecken oder zurückstellen müssen – oder in nicht allzu großer Ferne wieder eine Diskussion über die Erhöhung der steuerlicher Hebesätze führen müssten (die Nachbarstadt Nürnberg lässt mit der angekündigten

Erhöhung auf 535 Punkte bei der Grundsteuer grüssen). Eine Chance im Ergebnishaushalt bzw. in der Verwaltungstätigkeit noch mehr einzusparen sehe ich persönlich darin, dass wir die Möglichkeiten in der Metropolregion aus der Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten noch nicht ausreichend gehoben haben. Die bisherigen Projekte der interkommunalen Zusammenarbeit, wie eine gemeinsame Beihilfe, eine gemeinsame Statistik, eine gemeinsame Informationstechnik, eine gemeinsame Verkehrsüberwachung sind nur kleine Bausteine und ob diese Projekte wirklich nachhaltig zur Entlastung unserer Haushalte führen, kann ich nicht abschließend erkennen. Insofern bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten. **Nennenswerte Einsparungen in der Verwaltungstätigkeit** sind nur dann zu realisieren, wenn wir auch bei „großen Dingen“ uns mit den Nachbarstädten zusammenschließen. Jede Stadt braucht seine eigenen Schwimmbäder und Hallenbäder, jede Stadt braucht ihr eigenes Theater, jede Stadt braucht ihre eigene VHS oder eigene Musikschule mit konkurrierenden Angeboten. Ich frage an der Stelle: muss das wirklich sein? Kann man sich bei diesen ausgabenträchtigen Aufgaben nicht doch mehr zusammenschließen, wo wir doch so nah zusammengewachsen sind und weiter zusammenwachsen werden. Den Willen kann ich dazu bisher nicht erkennen, deswegen haben wir in der Kämmerei die Konsequenz daraus gezogen und das Budget des Theaters um 228.000 € weiter aufgestockt, denn es gab nur zwei Entscheidungsmöglichkeiten: entweder das Budget aufstocken, um das strukturelle Defizit zu beseitigen oder beispielsweise mit Fürth kooperieren. Da letzteres aber heute und wahrscheinlich auch morgen nicht zu erwarten ist, geht es in die andere Richtung.

Und so sehen die wichtigsten Eckdaten in Mio. EUR des Haushalts 2012 aus:

	Haushalt 2010 vorl. Ergebnis	**Haushaltsplan 2011 Ansatz**	**Haushaltsentwurf 2012 Ansatz**
Ordentliche Erträge	262,5	261,0	269,9
Ordentliche Aufwendungen	261,2	272,0	273,9
Fehlbetrag im Ergebnishaushalt	**~ 6** (Abschreibungen geschätzt)	**14,7**	**9,8**
Finanzsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**-5,7**	**-5,8**	**+1,0**
Investitionen brutto	46,9	32,7	26,9
Finanzsaldo aus Investitionstätigkeit	**-16,7**	**-12,8**	**-9,4**
Finanzierungsmittelfehlbetrag	**-22,4**	**-18,6**	**-8,4**
Netto-Neuverschuldung	13,3	3,7 (voraus. Ist 10,9)	0
Steuereinnahmen	133,8	140,1	151,9
davon Gewerbesteuer	52,4 (aus Finanzhaushalt)	55,0 (voraus. Ist 62,5)	59,7
davon Einkommensteuer	52,1 (aus Finanzhaushalt)	56,0 (voraus. Ist 55,5)	61,0
Schlüsselzuweisung	5,4	9,8	10,5
Bezirksumlage	25,7 (20,4%)	26,7 (25,2%)	26,7 (25,2%)
Personalausgaben (ohne EB)	95,8	95,5	96,4

In Kürze eine Übersicht über die wichtigsten Investitionsausgaben für 2012:

- Generalsanierung von Schulen mit 3,3 Mio. EUR, u. a. Christian-Ernst-Gymnasium, Jean-Paul-Schule und MTG-Turnhalle
- Schulmensen mit 1,9 Mio. EUR u. a. Max und Justine Elsner Schule, Realschule Werner-von-Siemens
- Konjunkturpaket II und Investitionspakt mit 0,5 Mio. EUR

- Kulturbereich mit über 3,0 Mio. EUR, u. a. Medarchiv, Markgrafentheater
- Brandschutz/Feuerwehr 0,52 Mio. EUR
- Hochwasserschutz/Dammsicherung 0,6 Mio. EUR
- Kindertagesstätten mit über 4,5 Mio. EUR u. a. Zuschüsse an Freie Träger, Gemeindezentrum Frauenaurach, Generalsanierung des Kindergartens Wasserturmstraße
- Straßen- und Brückenbau mit 7,23 Mio. EUR
- Modernisierungsgutachten für das Egloffstein'sche Palais mit 150 TEUR

Insgesamt sind für Investitionen 26,9 Mio. EUR Auszahlungen vorgesehen, das sind knapp 6 Mio. EUR weniger als im Jahr 2011. Diesen Ausgaben stehen Grundstückserlöse und Staatszuweisungen von gesamt 17,5 Mio. EUR gegenüber; davon stammen sage und schreibe 5 Mio. EUR aus dem Röthelheimkonto – so viel wird es nächstes Jahr nicht mehr geben! Insgesamt ergibt sich ein **negativer Finanzsaldo** aus der **Investitionstätigkeit von 9,4 Mio. EUR**, zusammen mit dem positiven Finanzsaldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit beträgt der **Finanzierungsmittelfehlbetrag 8,4 Mio. EUR**. Ich erinnere an den im Februar verabschiedeten mittelfristigen Finanzplan, der für 2012 einen Fehlbetrag von 20,2 Mio. EUR erwarten ließ. Diese jetzige Reduzierung um mehr als die Hälfte war nur möglich im Wesentlichen durch

- Kürzung bzw. Verschiebung von investiven Ausgaben und dadurch eine Reduzierung des Saldos aus der Investitionstätigkeit um rd. 6 Mio. EUR
- die unerwartet hohe Entnahme aus dem Röthelheimkonto mit 5 Mio. EUR (zur Erinnerung: 2011 – 1,0 Mio. €)

Betonen möchte ich, dass der **Saldo aus der Verwaltungstätigkeit** mit +1,0 Mio. EUR **nahezu dem Wert aus der Finanzplanung vom Febru-**

ar entspricht. Dies war möglich durch die schon genannte insgesamt restriktive Gestaltung der Ämterbudgets und die Beibehaltung der positiven Prognosen bei den Steuereinnahmen. Im Hinblick auf eine Genehmigungsfähigkeit auch notwendig, wobei zu betonen ist, dass nach Abzug der laufenden Tilgungen **keine freie Finanzspanne**, die bei der Beurteilung der **dauernden Leistungsfähigkeit** durch die Regierung die entscheidende Rolle spielt, erzielt wird. Um für die künftigen Jahre das angepeilte Ziel der Bruttoinvestitionssumme von 30 Mio. EUR zu halten, ist das Augenmerk auf einen positiven Saldo der Verwaltungstätigkeit und eine freie Finanzspanne zu richten. Solange es keine freie Finanzspanne gibt, stuft die Regierung die dauernde Leistungsfähigkeit und folglich die Genehmigungsfähigkeit von Krediten als problematisch ein. Dies bedeutet, dass **zusätzliche Kredite** bis zu dieser Zielerreichung wenn **nur mit neuen Sparauflagen** genehmigt werden können.

An dieser Stelle ein paar grundsätzliche Ausführungen zum **strukturellen Einnahmeproblem des Erlanger Haushalts**. Erlangen hat regelmäßig schwächere Daten in der Verwaltungstätigkeit und erwirtschaftet keine Eigenmittel aus der Verwaltungstätigkeit für Investitionen! Die Stärke der Erlanger Wirtschaft bei Arbeitslosenquote und Beschäftigung spiegelt sich leider nicht in einer entsprechenden Steuerkraft wider. Bei Beschäftigtenzentralität, bei Beschäftigungshöhe, bei Arbeitslosenquote sind wir TOP – bei Gewerbesteuerhöhe sind wir nur im grauen Mittelfeld. In der Regel haben Städte deutlich höhere Gewerbesteuern als Einkommensteuern – mit einem Faktor von nahezu 1,5. Schauen wir uns mal die folgende Übersicht über Gewerbesteuer-Einnahmen in 2010 und 2009 bei kreisfreien Städten in Vergleich an:

Städtevergleich

	Arbeitslosenquote		Gewerbesteuer 2009				
Städte	Rangfolge	Dez 09	Istaufkommen in 1.000 €	Pro Einwohner (30.06.09) in €	Sozialvers.pflichtig Beschäftigte Dez 09	Pro Sozialvers.pflichtig Beschäftigte in €	Rangfolge
Erlangen	**1.**	**4,4**	**56.889**	**539,91**	**81.584**	**697,44**	**31.**
Ingolstadt	**2.**	**4,7**	**110.596**	**890,33**	**79.681**	**1.388,03**	**12.**
Ansbach	**3.**	**5,2**	**10.180**	**252,12**	**23.374**	**435,53**	**38.**
Schwabach	**4.**	5,3	**13.844**	**357,03**	**12.794**	**1.082,07**	**19.**
Ulm	5.	**5,5**	94.560	775,73	79.849	1.184,74	14.
Bamberg	**6.**	**5,8**	**28.478**	**408,26**	**47.252**	**602,68**	36.
Würzburg	**7.**	5,9	**48.661**	**366,67**	**76.688**	**635,04**	**32.**
München	**8.**	**6,0**	**1.386.128**	**1.052,75**	**689.765**	**2.009,57**	**3.**
Regensburg	**8.**	6,0	**96.760**	**725,70**	**96.855**	**999,43**	**21.**
Münster	10.	6,1	231.003	843,13	139.031	1.662,22	6.
Aschaffenburg	11.	6,2	**26.794**	**390,13**	**43.653**	**613,80**	34.
Heidelberg	12.	6,3	101.636	697,88	78.662	1.291,60	13.
Wolfsburg	13.	**6,4**	144.578	1.197,93	98.355	1.470,18	8.
Karlsruhe	13.	6,4	222.675	767,46	156.556	1.422,33	10.
Bayreuth	15.	6,5	**24.692**	**341,51**	**39.869**	**619,33**	33.
Mainz	15.	6,5	103.370	524,03	100.297	1.030,64	20.
Stuttgart	17.	**6,6**	679.871	1.132,73	344.095	1.975,91	4.
Freiburg im Breisgau	18.	**6,7**	113.704	517,09	102.907	1.104,88	17.
Darmstadt	19.	**6,8**	134.281	940,60	87.554	1.533,70	7.
Fürth	**20.**	**6,9**	**34.220**	**299,84**	**38.755**	**882,47**	**25.**
Schweinfurt	**21.**	7,1	**40.948**	**764,62**	**49.582**	**825,86**	**28.**
Hof	**22.**	**7,4**	**10.311**	**219,34**	**22.528**	**457,70**	**37.**
Mannheim	22.	7,4	232.745	747,71	164.956	1.410,68	11.
Heilbronn	24.	**7,5**	52.284	428,01	60.076	870,56	26.
Bonn	25.	**7,7**	175.504	550,77	153.949	1.140,01	15.
Augsburg	25.	7,7	**105.764**	**402,14**	**124.006**	**852,90**	27.
Koblenz	25.	7,7	70.325	662,34	64.129	1.096,23	18.
Coburg	28.	**7,8**	**79.947**	**1.940,12**	**30.821**	**2.593,91**	1.
Jena	29.	7,9	42.480	410,91	47.020	903,87	24.
Leverkusen	30.	8,0	49.039	305,12	59.953	817,96	30.
Frankfurt am Main	30.	8,0	1.109.147	1.662,07	493.677	2.246,71	2.
Hansestadt Hamburg	32.	8,1	1.570.778	883,39	817.896	1.920,54	5.
Potsdam	33.	8,2	45.249	295,08	74.616	605,77	35.
Wiesbaden	34.	8,4	176.216	636,30	122.430	1.439,19	9.
Bottrop	34.	**8,4**	29.501	251,18	31.388	939,85	23.
Nürnberg	**36.**	8,7	**298.232**	**593,46**	**263.295**	**1.132,70**	**16.**
Braunschweig	36.	8,7	90.887	369,11	110.424	822,29	29.
Pforzheim	38.	8,9	46.326	386,83	48.860	947,61	22.
Durchschnitt der 38 Städte				**645,51**		**1.149.10**	

Städtevergleich

	Arbeitslosenquote		Gewerbesteuer 2010				
Städte	Rangfolge	Dez. 2010	Istaufkommen in 1.000 €	Pro Einwohner (30.06.10) in €	Sozialvers.pflichtig Beschäftigte Dez 10	Pro Sozialvers.pflichtig Beschäftigte in €	Rangfolge
Erlangen	**1.**	**3,8**	**52 429**	**497,49**	**83 918**	**624,76**	36.
Ingolstadt	**2.**	**4,0**	**115 486**	**926,23**	**81 401**	**1 418,73**	10.
Ansbach	**3.**	**4,5**	**10 965**	**271,71**	**24 773**	**442,62**	38.
Schwabach	**4.**	**4,9**	**13 700**	**353,14**	**13 407**	**1 021,85**	27.
Ulm	4.	4,9	124 559	1 019,01	82 922	1 502,12	8.
Würzburg	**6.**	**5,1**	**68 702**	**516,20**	**78 635**	**873,68**	31.
Bamberg	**7.**	**5,3**	**35 763**	**511,11**	**48 315**	**740,20**	34.
München	**7.**	**5,3**	**1 468 113**	**1 095,12**	**698 572**	**2 101,59**	2.
Regensburg	**7.**	**5,3**	**159 786**	**1 186,98**	**100 739**	**1 586,14**	7.
Heidelberg	10.	5,6	90 205	617,43	80 555	1 119,79	21.
Münster	11.	5,7	238 683	862,97	142 861	1 670,74	4.
Wolfsburg	12.	5,8	162 370	1 338,25	101 263	1 603,45	6.
Karlsruhe	12.	5,8	196 024	670,55	160 545	1 220,99	16.
Stuttgart	12.	5,8	427 501	710,07	347 390	1 230,61	15.
Aschaffenburg	15.	**5,9**	**36 098**	**524,95**	**44 966**	**802,78**	33.
Freiburg im Breisgau	16.	6,0	109 501	492,31	105 438	1 038,53	26.
Darmstadt	16.	6,0	116 929	816,42	88 371	1 323,16	11.
Mainz	18.	6,1	113 365	572,13	102 958	1 101,08	22.
Bayreuth	19.	**6,4**	**49 851**	**689,73**	**41 573**	**1 199,12**	17.
Schweinfurt	**19.**	**6,4**	**57 961**	**1 084,33**	**50.812**	**1 140,69**	18.
Heilbronn	19.	6,4	70 200	572,69	61 781	1 136,27	19.
Fürth	**22.**	**6,6**	**42 242**	**369,50**	**39 136**	**1 079,36**	24.
Bonn	22.	6,6	150 320	468,97	157 517	954,31	29.
Augsburg	24.	**6,8**	**118 692**	**450,32**	**127 474**	**931,11**	30.
Mannheim	25.	7,0	212 840	682,88	166 911	1 275,17	13.
Koblenz	26.	7,1	85 021	798,98	65 476	1 298,51	12.
Jena	26.	7,1	41 028	393,62	49 266	832,78	32.
Hof	**28.**	**7,2**	**12 861**	**276,61**	**22 825**	**563,46**	37.
Coburg	29.	**7,3**	**43 902**	**1 066,43**	**30.870**	**1 422,16**	9.
Leverkusen	29.	7,3	69 190	430,95	60 955	1 135,10	20.
Hansestadt Hamburg	31.	7,4	1 709 948	961,11	832 716	2 053,46	3.
Frankfurt am Main	32.	7,5	1 310 336	1 937,54	495 366	2 645,19	1.
Wiesbaden	33.	7,6	205 193	740,89	122 957	1 668,82	5.
Potsdam	34.	7,7	49 747	320,25	75 202	661,51	35.
Nürnberg	**35.**	**8,1**	**336 356**	**668,01**	**267 487**	**1 257,47**	14.
Bottrop	36.	8,2	33 595	286,82	31 308	1 073,05	25.
Braunschweig	36.	8,2	122 283	493,37	111 721	1 094,54	23.
Pforzheim	36.	8,2	48 356	682,88	50 269	961,94	28.
Durchschnitt der 38 Städte				**693,63**		**1.205,44**	

Bewertung: verglichen werden die 30 besten deutschen Großstädte in der Arbeitslosenquote, hinzugenommen werden die weiteren acht kreisfreien Städte von Nordbayern. Das Ergebnis: Erlangen ist bei der Arbeitslosenquote TOP, bei den Steuerzahlungen fallen wir deutlich zurück. Und dies ist kein einmaliges Ereignis! Anders ausgedrückt: Erlangen ist beschäftigungs- und wirtschaftsstark, aber nicht Gewerbesteuerstark! Verglichen mit anderen Städten müssten wir deutlich über 80 Mio. € Gewerbesteuer Jahr für Jahr haben – so viel hatten wir aber noch kein einziges Mal! Deshalb muss mein Dank an die Erlanger Unternehmerschaft an dieser Stelle leiser ausfallen. Und damit keine falschen Schlussfolgerungen gezogen werden: eine Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes löst dieses Problem auch nicht!

Für Ihre Haushaltsberatungen ist bitte auf folgendes zu achten:

- Einkommens- und Gewerbesteuer sind gegenüber dem 2011-Ansatz ehrgeizig mit einer Steigerung von rd. 9% gerechnet.
- Bei den Personalkosten sind noch keine Steigerungen für die zu erwartende Tariferhöhung und für neu zu schaffende Stellen enthalten!
- Die kalkulierte Bezirksumlage unterstellt, dass der Umlagesatz unverändert bleibt!
- Die unterjährig vom Stadtrat beschlossenen „Anmeldungen zum Haushalt“ sind nicht enthalten und sind zur Information im Entwurf auf den Seiten 2 - 3 abgedruckt. Sie würden bei Beschluss und Umsetzung den Ergebnis-Haushalt und den Saldo der Verwaltungstätigkeit verschlechtern!
- Für viele investive Maßnahmen sind keine Finanzmittel in 2012 und Folgejahre eingestellt, z. B. die Wiederherstellung des Röttenbachs zur Generalsanierung des Dechsendorfer Weihers, die Sanierung des Freibades West, die Sanierung des Frankenhofs, die großen Generalsanierungen von Heinrich-Lades-Halle und VHS oder der Bau einer neuen Halle für den Handballsport. 2012 wird nach der Entwurfs-Planung weder beim Ohm noch beim ASG mit dem Bau begonnen!
- Auf den Seiten 353 – 370 ist der mittelfristige Investitionsplan abgedruckt. Als erstes bitte ich Sie zu beachten, dass es erstmals zwei Alternativen gibt – eine mit den bestmöglichen Annahmen für die Stadt und eine mit einer vorsichtigen Veranschlagung. Beide Szenarien zeigen, dass in den nächsten Jahren keine großen Sprünge möglich sind. Spielräume für prestigeträchtige Investitionsprojekte sind in beiden Fällen nicht auszumachen.
  Ich möchte Sie für Ihre Haushaltsberatungen ermuntern, sich mit der mittelfristigen Finanzplanung stärker auseinander zu setzen als

in früheren Jahren. Zum einen weiß die Verwaltung dann konkreter an welchen Projekten weiter gearbeitet werden soll, zum anderen zeigt sie dem Erlanger Bürger, welche Projekte in den nächsten Jahren realistisch bzw. unrealistisch sind.

Abschließend zur Bewertung dieses Haushalts-Entwurfs: er ist sehr optimistisch aufgestellt – ich erinnere an die Prognosen bei Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisung und Bezirksumlage - und er erhält noch einige unerledigte Aufgaben wie Tarifsteigerungen, neue Personalstellen oder die eine oder andere Investition im Schulbereich. Aber er zeichnet sich dadurch aus, dass er auf jeden Fall genehmigungsfähig ist und dies hoffentlich ohne Auflagen! Die Haushaltsberatungen bis zum Februar werden interessant – zum einen ob die Annahmen zu Steuern, Schlüsselzuweisung und Bezirksumlage so gehalten werden können, zum anderen welche Positionen die Fraktionen beziehen werden zum weiteren Fortgang von Bau- und Sanierungsaufgaben, der Schulbereich soll an erster Stelle genannt werden. Der Herbst und Winter wird nicht heiß werden, aber herausfordernd!

Vielen Dank für ihr zuhören.